
Online-Diskussion

Straßenproteste in Serbien **Hintergründe und mögliche Auswirkungen**

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft
Online via ZOOM, 01. Juni 2023

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Einleitung

Anfang Mai 2023 wurde Serbien von zwei Amokläufen erschüttert, bei denen kurz hintereinander 18 Menschen getötet wurden, darunter neun Kinder. Seitdem finden in Serbien regelmäßig Proteste gegen Waffengewalt statt, die immer mehr Zulauf finden. Zuletzt protestierten zehntausende Menschen in Belgrad. Als Folge der Massenschießereien hat die Regierung eine Kampagne gegen illegalen Waffenbesitz angekündigt, da Serbien eine der höchsten Raten von privatem Waffenbesitz weltweit aufweist. Den Protestierenden reichen die angekündigten Maßnahmen jedoch nicht, sie sehen eine gewaltverherrlichende Stimmung im Land, deren Entstehung beziehungsweise Beförderung sie der Regierung anlasten.

Inzwischen richten sich die Proteste auch gezielt gegen den amtierenden Präsidenten Aleksandar Vučić und seinen autoritären Regierungsstil. *Aleksandra Tomanić*, Geschäftsführerin des European Fund for the Balkans in Belgrad und Prof. Dr. *Florian Bieber*, Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien an der Universität Graz, ordneten unter Moderation von *Viktoria Voglsinger-Palm*, Stellvertretende Geschäftsführerin der Südosteuropa-Gesellschaft in München, die aktuellen Ereignisse in Serbien ein und diskutierten, welche Auswirkungen für Politik und Gesellschaft zu erwarten sind.

Tomanić schilderte die Ereignisse in Serbien und erzählte, wie sie die darauffolgenden Proteste in Belgrad persönlich erlebte. Sie wies darauf hin, dass die Proteste – anders als sonst – nicht fröhlich und laut verliefen, sondern dass die Atmosphäre bei diesen Protesten ungewöhnlich ernst gewesen sei. Die Proteste ähnelten deshalb laut *Tomanić* eher dem ersten Trauermarsch, mit dem sie begonnen hatten, als einer Kundgebung. Die Protestierenden forderten den Rücktritt des Innen- und des Bildungsministers sowie des Geheimdienst-Chefs und verlangten die Absetzung einiger gewaltverherrlichender TV-Formate im serbischen Fernsehen.

In jüngerer Vergangenheit hätten serbische Reality-TV-Shows, in denen verurteilte Kriminelle eine Plattform geboten bekamen, für Aufsehen und Kritik gesorgt, so *Tomanić*. In diesen Sendungen werde gezeigt, wie diese Kriminellen rohe Gewalt anwendeten. Auch Gewalt gegen Frauen sei in den Sendungen zu sehen. Weil der moralische Druck im Land zu groß geworden sei, sei der Bildungsminister später tatsächlich zurückgetreten. Weiterhin sei die Arbeit von Medienregulierungsbehörden diskutiert worden sowie eine Parlamentssitzung gefordert, welche die Gewalt in der Gesellschaft thematisieren sollte.

Bieber wies in der Diskussion ebenfalls darauf hin, dass die beiden Amokläufe sehr außer-

gewöhnlich für Serbien sind, weshalb der gesellschaftliche Schock darüber sehr groß gewesen sei. Die anfänglich durchweg nur auf die Eindämmung von Gewalt bezogenen Forderungen der Protestierenden hätten sich nach und nach politisiert, so dass auch Kritik an der Regierung und ihrem autoritären Stil laut geworden sei. Dies sei insbesondere durch ein katastrophales Krisen- und Kommunikationsmanagement seitens der serbischen Regierung ausgelöst worden. So habe beispielsweise der später zurückgetretene Bildungsminister die Verwestlichung der Jugend für die ansonsten nur aus dem „Westen“ gekannten Amokläufe verantwortlich gemacht. Darüber hinaus hätten die serbische Regierung sowie die Staatsmedien laut Bieber nicht damit umgehen können, dass sich zivilgesellschaftlicher Protest ohne staatliche Kontrolle geregt habe. Daher hätten sie die Trauermärsche als direkte Kritik und einen Angriff auf die Regierung verstanden und deshalb schon zu Beginn versucht, die Trauermärsche zu diskreditieren und als von der Opposition organisiert darzustellen. Diese Reaktion habe gezeigt, dass die Regierung nicht bereit sei, Unzufriedenheit ernst zu nehmen oder aufzugreifen und führe folglich dazu, dass man irgendwann nur noch in Opposition zur Regierung um die Opfer der Tragödie trauern konnte, so Bieber.

Anstatt die berechtigten Sorgen der Bürger*innen ernst zu nehmen, habe man in Regierungs-

und Medienkreisen damit begonnen, die Teilnehmenden und Organisator*innen der Trauermärsche als Profiteure der Tragödie darzustellen. Diese würden ihre politischen Ziele „auf den Leichen der ermordeten Kinder“ zu erreichen suchen. Beispielsweise fand Präsident Vučić schon nach dem allerersten und zahlenmäßig kleinsten Protestmarsch nur die Worte „Hyänen“ und „Aasgeier“ für die Protestierenden, so *Tomanić*. Aber auch viele andere Regierungsmitglieder hätten sich mit ihren aggressiven Äußerungen in Bezug auf die Proteste einen Fehltritt nach dem anderen geleistet, indem sie durch ihre eigene, gewaltvolle Sprache offenbarten, dass die Kultur der Gewalt in Serbien auch im politischen Diskurs dominiert.

Eine solch perfide, unsensible Propaganda sei auf große Empörung unter den Bürger*innen gestoßen, sodass sich von Mal zu Mal immer mehr Menschen den Trauermärschen angeschlossen hätten und die Forderung nach einem Ende der gewaltverherrlichenden Stimmung im Land durch den Wunsch nach einem Ende der Regierung unter Präsident Vučić und seinem autoritären Regierungsstil ergänzt worden sei und nunmehr bereits mehrere Wochen anhalte.

Die Veranstaltung fand am 1. Juni 2023 statt, die nächste Demonstration der Organisation „Serbien gegen Gewalt“ (Srbija protiv nasilja) war zu diesem Zeitpunkt für den 3. Juni 2023 geplant.

Online-Diskussion

Die Türkei vor den Wahlen – Richtungsentscheidung am Bosphorus?

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum
Online via ZOOM, 10. Mai 2023

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Einleitung

Das Jahr 2023, in dem sich die Gründung der Türkischen Republik zum hundertsten Mal jährt, zeigt sich in mehrfacher Hinsicht als Schicksalsjahr für das Land am Bosphorus. Im Februar wurde der Süden der Türkei von einem

Erdbeben riesigen Ausmaßes erschüttert, mit zehntausenden Toten, über 100.000 Verletzten und insgesamt Millionen Betroffenen. Gleichzeitig erlebt das Land eine extreme Inflation, die Regierung verfolgt eine sehr ungewöhnliche Wirtschaftspolitik und sieht sich nach